



# newsletter nr. 4-05

Günter Gloser MdB  Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestags-Fraktion  [www.guenter-gloser.de](http://www.guenter-gloser.de)



## Lieber Europäerinnen, liebe Europäer!

Europa-Politik in Nürnberg hautnah erleben, das ist in diesen Tagen möglich: am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche machte der Europa-Truck des Bundespresseamts Halt in Nürnberg. Unter dem Motto: „Europa tut Deutschland gut“ bot der Info-Truck die Möglichkeit, mehr über die Europäische Verfassung zu erfahren.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe der EU-Kommission „Europa in der Schule“ bin ich nächste Woche Gast des Neuen Gymnasiums und des Scharrer-Gymnasiums, um dort mit Schülerinnen und Schülern über Europapolitik zu diskutieren. Es ist wichtig, dass Europapolitik in der Wahrnehmung nicht in Brüssel und damit weit weg stattfindet, sondern vor Ort. In diesem Sinne ist auch dieser Newsletter gedacht.

Viel Spaß bei Lesen wünscht Ihnen und Euch

## Wer bezahlt eigentlich in der EU?

Die Europäische Union besteht mittlerweile aus 25 Mitgliedsstaaten. Sie unterhält zahlreiche Organe wie zum Beispiel das Parlament, die Kommission, den Rat, den Gerichtshof oder verschiedene Ausschüsse. Auch ihre Politikbereiche kosten Geld: Hier sind beispielsweise die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), strukturpolitische Maßnahmen oder die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu nennen. Dem politischen und wirtschaftlichen Nutzen, den die Europäische Union seinen Mitgliedern ohne Zweifel bringt, stehen Kosten gegenüber. Aber - Wer bezahlt in Europa eigentlich was?

## Das System der Finanziellen Vorausschau

1988 hat die EU ein Verfahren eingeführt, dass die Finanzierung ihrer Institutionen und Politikbereiche über einen längeren Zeitraum hinweg regeln sollte: die erste *Finanzielle Vorausschau* wurde aus der Taufe gehoben. Ziel war, die Haushaltsdisziplin zu stärken, den Gesamtanstieg der Ausgaben einzudämmen und das Haushaltsverfahren ausgewogen abzuwickeln. Man konnte sich auf diese Weise nämlich den jährlich stattfindenden Schlagabtausch zwischen den Regierungen der Mitgliedsstaaten ersparen und so manch vorprogrammierte Krise umgehen. Stattdessen wurde Kontinuität und Verlässlichkeit im Finanzwesen der EU erreicht.





## Einnahmen und Ausgaben

Die Europäische Union finanziert sich aus so genannten *Eigenmitteln*. Diese setzen sich aus vier Kategorien zusammen:

- Agrarabschöpfungen und Zölle (Einnahmenanteil im EU-Haushalt: ca. 15 %)
- Mehrwertsteuer eigenmittel; ca. 1 Prozentpunkt des Mehrwertsteueraufkommen des jeweiligen Mitgliedsstaates wird als Beitrag an die EG abgeführt (Einnahmenanteil: ca. 38 %)
- BSP-Eigenmittel; orientiert sich am Brutto sozialprodukt des jeweiligen Mitgliedslandes (Einnahmeanteil: ca. 42 %)
- Sonstige Haushaltseinnahmen wie Gebühren oder Zinsen (Einnahmeanteil: ca. 5%)

Auf der *Ausgabenseite* stehen die Mittel für die Landwirtschaft, strukturpolitische Maßnahmen, interne Politikbereiche (z.B. Forschungsförderung), externe Politikbereiche (z.B. Entwicklungszusammenarbeit), Verwaltungsaufgaben, Reserven (z.B. Währungsreserve oder Soforthilfereserve) und Ausgleich/Heranführungshilfe für Beitrittskandidaten. Den größten Posten machen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die Strukturpolitik aus: Sie umfassen rund 85% des EU Haushalts. Diese Politikbereiche verursachen nicht ohne Grund so hohe

Kosten: Die Landwirtschaft ist aufgrund ihrer Funktion (Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln) jeher von zentraler wirtschaftspolitischer Bedeutung. Die Strukturpolitik verdankt ihre besondere Bedeutung ihrem zugrunde liegenden Ziel: die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU.

## Von Nettoempfängern und Nettozahlern

Stellt man die abgeführten Eigenmittel eines Mitgliedslandes den so genannten Rückflüssen aus dem EU-Haushalt gegenüber, so ergibt sich ein Betrag mit positivem oder negativem Vorzeichen: Diejenigen Länder, die mehr einzahlen als heraus bekommen, nennt man *Netto-Zahler*. Ist es umgekehrt, so spricht man von *Netto-Empfängern*. Wohlhabendere Staaten sind also eher Netto-Zahler, Staaten mit wirtschaftlichem Entwicklungsrückstand zählen logischerweise zu den Netto-Empfängern. Das ist nicht etwa ungerecht, wie es auf den ersten Blick anmuten könnte, sondern fußt auf einem wichtigem Grundprinzip der EU: dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt in der Europäischen Union. Mittel- und langfristig profitieren nämlich alle Beteiligten von einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung auf dem europäischen Kontinent.

## Agenda 2007

Weil die laufende Finanzielle Vorausschau 2000 – 2006 im nächsten Jahr ausläuft, finden momentan Verhandlungen über die nächste Vorausschau statt. Diese umfasst den Zeitraum 2007 bis 2013.





Die Verhandlungen zwischen den Regierungen der Mitgliedsländer sind immer konfliktbeladen und schwierig, weil die Vorausschau enorme Auswirkungen auf die künftigen Beiträge und Rückflüsse der Länder haben. Auch die Gewichtung der Ausgabenblöcke ist strittig: Landwirtschaftlich geprägte Länder haben beispielsweise andere Interessen als Industriestaaten.

## Auswirkungen der EU-Erweiterung

Die Agenda 2007 ist die erste Finanzielle Vorausschau nach der EU-Erweiterung. Alle Neumitglieder sind zunächst Nettoempfänger und haben sehr unterschiedliche Forderungen. Gleichzeitig zwingt die nationale Haushaltslage die Bundesregierung wie die Regierungen anderer Mitgliedsländer dazu, auf eine strikte Begrenzung der EU-Ausgaben zu drängen. Im so genannten „Brief der Sechs“ formulierten deshalb die Staats- und Regierungschefs der sechs größten Nettozahler (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Schweden und Österreich) ihre Forderungen: Die durchschnittlichen Ausgaben sollen in etwa auf dem gegenwärtigen Niveau stabilisiert werden. Dabei sollen die EU-Ausgaben nicht höher als bei einem Prozent des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) liegen.

Die Kommission hat im Februar 2004 ihren Vorschlag für die nächste Vorausschau vorgelegt und sieht als mittlere Obergrenze 1,26 % des EU-BNE vor. Die in Prozentpunkten gering erscheinende Differenz zwischen 1% und 1,26% beträgt in Zahlen aber rund 200 Mrd. Euro.

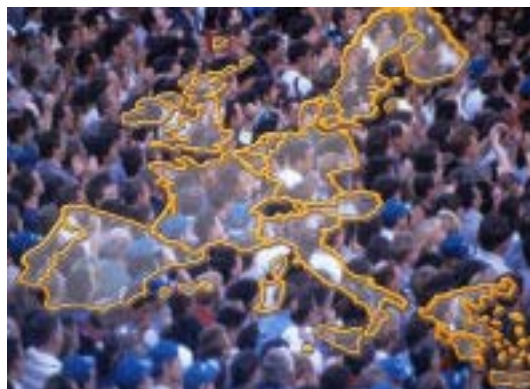
## Mehr Fördergelder für Strukturpolitik

Für die Strukturpolitik ist ein großer Teil der Ausgaben vorgesehen. Hier hat die Kommission eine massive Erhöhung der Ausgaben geplant: von rund 276 Mrd. Euro in der laufenden Vorausschau auf rund 374 Mrd. Euro. Das entspricht einer Steigerung von rund 100 Mrd. Euro.



Die amtierende luxemburgische Ratspräsidentschaft möchte bis zum Juni eine Einigung herbeiführen.

Die Bundesregierung vertritt den Standpunkt, dass in der Strukturpolitik Prioritäten gesetzt werden müssen und zwar zu Gunsten der bedürftigsten Regionen. Die „alten“ Mitgliedsstaaten, die über viele Jahre hinweg eine deutliche Unterstützung der Gemeinschaft erfahren haben, sollen den bedürftigsten Regionen gegenüber Verzicht und Solidarität üben. Zu diesen zählen in erster Linie Regionen in den Neumitgliedsstaaten aber auch Ostdeutschland.



# newsletter nr. 4-05

Günter Gloser MdB □ Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestags-Fraktion □ [www.guenter-gloser.de](http://www.guenter-gloser.de)



## Veranstaltungshinweise:

⇒ **Montag, den 25.4. und Dienstag, den 26.4.2005**

Europapolitische Diskussionen mit Schülerrinnen und Schülern des Neuen Gymnasiums und des Johannes-Scharrer-Gymnasiums im Rahmen der Veranstaltungsreihe der EU-Kommission „Europa in der Schule“

⇒ **Mittwoch, 27.4.2005**

Round-Table-Gespräch der IHK Nürnberg mit dem Botschafter der Arabischen Liga S.E. El Qateen

⇒ **Donnerstag, 28.4.2005**

Öffentliche Fachdiskussion der bayerischen SPD-Landesgruppe zum Thema „Ein Jahr EU-Osterweiterung – wo stehen die bayerischen Grenzregionen?“ in Passau

⇒ **Freitag, 29.4.2005**

11 Uhr: Telefonaktion der Nürnberger Nachrichten zum Thema:  
„EU-Verfassung“

## Vorausschau:

⇒ Am **6. bis 8. Juni** ist das Bundestags-Infomobil in Nürnberg. In diesem Zusammenhang werden einige Aktionen stattfinden, über die ich in den nächsten Ausgaben des Newsletters informieren werde.



Europäisches Jugendportal

[europa.eu.int/youth](http://europa.eu.int/youth)

## Impressum:

Der newsletter wird herausgegeben von Günter Gloser, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/227 71187, Fax.: 030/227 76482,  
E-Mail: [guenter.gloser@bundestag.de](mailto:guenter.gloser@bundestag.de)  
Wahlkreisbüro: Karl-Brögerstr. 9, 90459 Nürnberg  
Tel.: 0911/4389614, Fax: 0911/435694  
E-Mail: [guenter.gloser@wk.bundestag.de](mailto:guenter.gloser@wk.bundestag.de)  
Internet: [www.guenter-gloser.de](http://www.guenter-gloser.de)  
Redaktionelle Bearbeitung: Bettina Zauhar